

Hartmann, Helmut

Article — Digitized Version

Korrumpiert uns der Osthandel?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hartmann, Helmut (1964) : Korrumpiert uns der Osthandel?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 9, pp. 359-360

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133416>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Korrumpiert uns der Osthandel?

Angesichts der mit viel Geschick eingeleiteten neuen Politik der Bundesregierung ost-europäischen Staaten gegenüber, die ihren Niederschlag in der Errichtung westdeutscher Handelsmissionen in Warschau, Bukarest und Budapest (demnächst auch in Sofia) gefunden hat, schien es zunächst, als sollten die Pessimisten, die Bonn eine aktive Ost- und speziell Osthandelspolitik nicht zugetraut hatten, unrecht behalten. Indessen hat die letzte Entwicklung in der Frage der Ostkredite gezeigt, wie schwer es der Bundesregierung offenbar fällt, die Umbruchsituation, in der sie sich z. Z. befindet, zu bewältigen.

Einerseits ist sie bestrebt, dem Drängen der Industrie auf Erleichterung des Ostgeschäftes nachzugeben und in der Kreditfrage die Zügel etwas zu lockern, was darin zum Ausdruck kommt, daß Bonn unlängst die Wirtschaftsminister der Bundesländer ermächtigte, Anträge auf Lieferantenkredite bis zu fünf Jahren zu genehmigen. Andererseits fühlt sich Bonn — ob aus Rücksicht auf den durch den Wahlkampf z. Z. gelähmten Verbündeten jenseits des Atlantik oder aus Überzeugung, sei dahingestellt — offensichtlich wenig wohl bei dem Gedanken, das Kreditembargo gegenüber dem Osten in einer Weise zu durchlöchern, wie es andere Verbündete bereits getan haben. Ausdruck hierfür ist die Tatsache, daß staatliche Ausfuhrkreditgarantien in der Bundesrepublik nach wie vor nur in begrenztem Umfang nach den Regeln der Berner Union an Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien, nicht dagegen für Lieferungen an andere Ostblockstaaten, eingeschlossen die Sowjetunion, gewährt werden, womit in der Praxis des Ostgeschäftes vorerst alles beim alten geblieben ist. Fraglich ist auch, ob bei den bevorstehenden Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag wesentliche Änderungen erfolgen werden.

Welches sind die Motive dieser vorsichtig taktierenden Politik? Meint man immer noch, es sich nicht leisten zu können, seine „Feinde“ durch (kreditierte) Warenlieferungen zu unterstützen, oder ist man nur deshalb zurückhaltend, weil man meint, eine größere Bereitschaft zum Handel mit dem Osten von der Gewährung politischer Konzessionen abhängig machen zu können? Hierzu wären zwei Gegenfragen zu stellen: Erstens, was man unter „Feinden“ zu verstehen gewillt ist, während man sich auf der anderen Seite bemüht, den monolithischen Block im Osten aufzulockern und hierbei zu einem regelrechten Liebeswerben um einige Volksrepubliken angesetzt hat. Und zweitens: Welche Konzessionen meint man — über das wünschenswerte Zugeständnis einer Berlin-Klausel auch von seiten der Sowjetunion hinaus — sich erkaufen zu können, während es dem Osten möglich ist, statt bei uns, bei unseren NATO-Partnern bzw. anderen westlich orientierten Ländern zu kaufen — und zwar ohne Konzessionen machen zu müssen? Auf eine Formel gebracht, handelt es sich hier um Argumente, deren Stichhaltigkeit im Laufe der Entwicklung zusehends vermindert wird — ganz abgesehen davon, daß die Wirksamkeit einer solchen Politik wegen des Verhaltens anderer westlicher Länder ohnehin in Frage gestellt ist.

Auf eine aktive Politik wirkt sich aber noch etwas anderes hemmend aus. Im Unterbewußtsein vieler Osthandelsgegner scheint noch die Vorstellung vorzuherrschen, daß der „kapitalistische Westen“ durch die Tatsache, daß er mit den Kommunisten Handel treibt, sich selbst korrumpiere. Hierbei dürfte — wie verschiedentlich betont wurde — die Vorstellung eine Rolle spielen, nach der die Kapitalisten es lediglich auf Grund ihrer Kurzsichtigkeit und Gewinnsucht für vorteilhaft ansähen, Waren auch an kommunistische Länder zu exportieren. Hiermit leisteten sie tätige Hilfe beim Aufbau der sozialistischen

Wirtschaft, vor allem hülfe sie mit, die Entwicklungskosten sozialistischer Länder durch die Vermittlung des technischen „know-how“ zu senken. Dabei entginge ihnen aber, daß sie sich der Gefahr aussetzten, durch zu umfangreiche Exporte einem direkten Einfluß des sozialistischen Lagers anheimzufallen und ihre Konjunktur von einem Auf- bzw. Abdrehen des Importhahnes des sozialistischen Blocks abhängig zu machen. Zu allem Überfluß würde auf diese Weise der Konkurrenzkampf im Westen verstärkt, womit sich der Selbsterfleischungsprozeß der Kapitalisten beschleunige und sie ihr System schneller dem Untergang entgegenführten.

Wer an diese Zusammenhänge glaubt, kann natürlich nicht umhin, vor dem Osthandel als einer gefährlichen Viper, die dem Westen den Todesbiß versetzen könnte, zu warnen, ja mehr, in berechtigter Wahrnehmung der Interessen der „uneinsichtigen“ Kapitalisten, den Osthandel gänzlich zu verbieten.

Eine solche Argumentation läßt allerdings einige wichtige Punkte außer acht. Die Vorstellung, durch ein Embargo die Wirtschaft kommunistischer Länder empfindlich stören zu können, dürfte heute weitgehend überholt sein. Immerhin haben die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn usw., ja in gewissem Umfang selbst China, den Status reiner Agrarländer überwunden. Sie haben sich zu mehr oder weniger industrialisierten Volkswirtschaften entwickelt, in denen genau wie in Volkswirtschaften westlicher Länder die Substitutionsmöglichkeiten in großem Ausmaß gewachsen sind. Engpässe, aus einem plötzlichen Lieferstopp westlicher Länder herrührend, können — wie verschiedene Beispiele der letzten Jahre gezeigt haben — auf Grund der im Zuge der Industrialisierung vergrößerten Möglichkeiten, die Produktionsfaktoren beliebig einzusetzen, relativ schnell beseitigt werden. Sie können es jedenfalls, solange noch der Osten wie bisher mit dem kapitalistischen Lager prinzipiell nur aus einem Grund Handel treibt, um nämlich in der Lage zu sein, die Unzulänglichkeiten seines eigenen Plans besser zu korrigieren. Im jetzigen Stadium spielen die „kapitalistischen Osthändler“ gleichsam nur eine Lückenbüßerrolle.

Natürlich wäre zu fragen, ob wir auf die Dauer bereit sind, uns mit dieser Rolle zufrieden zu geben, oder ob wir versuchen sollten, durch Ausdehnung unserer Wirtschaftsbeziehungen zum Osten unsererseits die kommunistischen Planwirtschaften in eine echte Außenhandelsabhängigkeit zu bringen — etwa nach dem Satz: Ist die Autarkie einer Volkswirtschaft erst einmal aufgehoben, so kann sie nicht mehr ohne weiteres rückgängig gemacht werden. In diesem Falle wären nicht wir vom Osten, sondern der Osten von uns abhängig. Und es wäre auch im politischen Bereich eher eine Übereinstimmung zu erzielen, weil im ökonomisch-technischen „Unterbau“ die beiden Blöcke sich nach den gleichen Entwicklungsgesetzen fortbewegten.

Hinzu kommt, daß dem Westen mit einer Ausweitung des Osthandels eine neue Möglichkeit erschlossen würde, Informationen ökonomisch-technischer Art zu sammeln, die ihm sonst verwehrt wären. Ferner könnten auf diese Weise deutlicher als bisher die Vorteile marktwirtschaftlicher Systeme gegenüber schwergängigen Planungsmechanismen demonstriert werden. Langfristig könnte sich bei einem weiteren Vordringen des technischen Fortschritts im Osten und einer Verfeinerung der Lenkungsmethoden der kommunistischen Planwirtschaften auch mancher Vorteil für die die Hüllen eines extremen Kapitalismus nach und nach ablegenden westlichen Länder ergeben. Schließlich — und dieses Argument sollte gerade in Deutschland nicht übersehen werden — ist eine Ausweitung des Osthandels geeignet, das ohnehin in Auflösung befindliche COMECON als Integrationsform östlicher Planwirtschaften schneller zu sprengen und damit die Position der Statthalter in Ostberlin weiter zu erschüttern.

Angesichts dieser Argumente erhebt sich daher die Frage, wie die Bundesregierung ihre zurückhaltende Einstellung weiterhin motivieren wird. Daß eine flexiblere Handelspolitik gegenüber dem im Umbruch befindlichen osteuropäischen Raum ein westliches Land nicht zu korrumpieren braucht, hat kürzlich das Vorgehen Frankreichs gezeigt. Heute gilt vielmehr, daß sich dasjenige Land, das in der Frage des Osthandels und seiner Kreditierung noch an den Vorstellungen von vorgestern haftet, im Westen isoliert und daß es sich darüber hinaus die Möglichkeiten einer auf anderen Gebieten durchaus gewünschten Anpassung an die neuen Gegebenheiten im Osten selbst verbaut.

Hellmut Hartmann